

Protokoll der 7. Sitzung des
35. Studierendenparlaments der Universität Bielefeld
vom 05.02.2009

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

Der Vorsitz eröffnet die Sitzung um 19.00 h c.t. und begrüßt die Anwesenden.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Einladung

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Niemand erhebt Einspruch gegen die ordnungsgemäße Einladung.

c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) schlägt Ron Hülskötter (ghg*ol) vor. Dieser übernimmt die Aufgabe unter lautem Beifall und Jubel aller Anwesenden.

d) Feststellung der Tagesordnung

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) beantragt folgende Änderung der Tagesordnung:

TOP 10: „AStA Copyshop und AStA Kopierer“ wird zu eingefügt. Alle weiteren TOPs werden entsprechend nach hinten verschoben.

~~Begründung: Der RGDS hätte noch eine interne Veranstaltung, so dass die Mitglieder die Sitzung schnellstmöglich verlassen würden, dieser TOP aber noch mit dem RGDS abgestimmt werden sollte.~~

Es gibt keine Gegenrede.

Die geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt:

18 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Damit gilt die Tagesordnung in folgender Form:

TOP 1: Formalia

- a) Begrüßung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
- c) Wahl einer Protokollführerin/eines Protokollführers
- d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

TOP 3: Gäste

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

TOP 5: Bericht des AStA

TOP 6: Bericht aus Senat und Kommissionen

TOP 7: Entlastung der Finanzreferenten und des AStA-Vorsitzes für das Haushaltsjahr 2007

TOP 8: Nominationen für den Wahlausschuss der Universität (2 Mitglieder, 2 StellvertreterInnen) und den Vorstand des Fachsprachenzentrums

TOP 9: Änderung der Ordnung zum Erlass des Mobilitätsbeitrags

TOP 10: AStA Copyshop und AStA Kopierer

TOP 11: Anträge

TOP 12: Sonstiges

TOP 2: Protokollgenehmigungen

Auf Grund technischer Probleme liegen keine Protokolle zur Genehmigung vor.

TOP 3: Gäste

Die Antifa-AG bringt zusammen mit uni:Links folgenden Antrag ein:

„Hiermit beantragen wir, dass das StuPa die wiederholten Gewalttätigkeiten und Beschimpfungen seitens der Bediensteten des Sicherheitsdienstes Prodiac am vergangenen Mittwoch, den 4.2.09 aufs schärfste verurteilt. Dies ist dem Rektorat mitzuteilen. Gleichzeitig möge das StuPa beschließen, dass das Rektorat von der verfassten Studierendenschaft aufgefordert wird, ab sofort keine privaten Sicherheitsdienste mehr in und um die Uni einzusetzen. Außerdem soll das StuPa den AStA beauftragen die Vorkommnisse vom Mittwoch und aus der Vergangenheit öffentlich zu machen und sowohl die Lehrenden, als auch die sonstigen MitarbeiterInnen und Studierenden davon in Kenntnis zu setzen. Dies könnte z.B. über die zentralen Mailverteiler an die Studierenden und MitarbeiterInnen geschehen.“

Begründung:

„Am vergangenen Mittwoch kam es nicht zum ersten Mal zu Gewalttätigkeiten seitens der MitarbeiterInnen von Prodiac. Nicht nur, dass sie grundlos zuschlugen, sie fielen zudem durch sexistische Bemerkungen, Beleidigungen und äußerst provozierendes Verhalten auf. Diese Probleme sind nicht zum ersten Mal aufgetreten. Bei Anti-Studiengebührenprotesten in der Vergangenheit, sowie auf verschiedenen Uni-Partys und zu anderen Gelegenheiten haben sich die Prodiacbediensteten ähnlich aufgeführt. Dies ist kein Problem, das sich auf einen bestimmten Sicherheitsdienst beschränkt, sondern die weitaus größte Zahl der Sicherheitsdienste macht mit überzogenen Gewaltakten, Kompetenzüberschreitungen, Beleidigungen, sexistischem oder rassistischem Auftreten immer wieder Schlagzeilen. In der Universität sind diese Sicherheitsdienste daher mit Sicherheit fehl am Platze.“

Janosch Stratemann (ghg*ol) fragt, ob es Gedanken zu Alternativen für Sicherheitsdienste (SD) gibt.

Johannes (Antifa-Referent) antwortet, dass andere Unis auch ohne einen SD auskämen. Viele Tätigkeiten des SD, wie z.B. das Aufschließen von Räumen, seien originäre Hausmeistertätigkeiten und nur aus Lohndumpinggründen auf den SD übertragen worden. Bei anderen Aufgaben, wie dem Begleitservice sei der „Bock zum Gärtner“ gemacht worden, da gerade vom SD immer wieder sexuelle Übergriffe ausgegangen seien, vor denen er eigentlich schützen sollte. Bei Partys seien gute Erfahrungen mit studentischen Aufsichtspersonen gemacht worden. Den SD einfach auszutauschen sei keine Alternative.

Jan Seelhorst (Sozialreferent) unterstützt den Antrag.

Christian Osinga (Kompass) stellt fest, dass mensch für das Geld, was die Sicherheitsleute bekommen, wohl nicht mehr erwarten könne. Weiter möchte er wissen, was am Mittwoch genau vorgefallen sei. Für eine komplette Abschaffung des SD sieht er keine Chance und ruft daher dazu auf, die Ansprüche an einen SD zu formulieren und auf deren Erfüllung hinzuwirken.

Johannes (Antifa-Referent) sieht in den SD selbst die Gefahr, da hier schlecht ausgebildete, unterbezahlte Menschen, oft mit einem Gewaltproblem, auf Studierende losgelassen würden.

Felix Eikmeyer (HoPo-Referent) gibt zu bedenken, dass das Rektorat Prodiac in der Opferrolle sähe und voll hinter dem SD stünde.

Johannes (Antifa-Referent) meint, es sei jetzt wichtig ein politisches Signal zu geben, Öffentlichkeit zu schaffen und über die Probleme aufzuklären.

Cornelia Eichert (RCDS) sagt auch Studierende seien manchmal gewalttätig und eine Eskalation ginge von beiden Seiten aus. Weiter seien Aufgaben, wie der Schutz von Senatssitzungen von Studierenden nicht zu leisten.

Johannes (Antifa-Referent) antwortet, dass für solche Fälle die Polizei zuständig sei. Seinen Erfahrungen nach würden aber für solche Veranstaltungen extra „Schlägertypen“ angeheuert, die von Unileitung und Polizei bewusst für Gewalttätigkeiten gegen Studierende eingesetzt würden.

Nils Tielbürger (RCDS) sieht ebenfalls Probleme mit Prodiac, sagt aber, dass ein SD notwendig sei und spricht sich daher für einen Austausch des SD aus.

Jan Seelhorst (Sozialreferent) bestätigt, dass Prodiac in weiten Teilen der Studierendenschaft äußerst unbeliebt sei.

Johannes Geuter (ghg*ol) schlägt vor, den Antrag aufzuteilen in eine Forderung nach der Abschaffung aller SD und dem Austausch von Prodiac. Weiterhin bestätigt er die Häufung sexistischer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle mit Prodiac.

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) verspricht sich keine Verbesserung durch einen Austausch.

Christian Osinga (Kompass) will sich auf Prodiac konzentrieren und das Rektorat aufrufen ein Konzept für den Einsatz eines besseren SD an weniger Stellen zu erarbeiten.

Johannes (Antifa-Referent) wiederholt die Aussage von Lisa Waimann.

Daniel (Antifa-AG) meint, dass Prodiac sehr billig sei und daher auch für Aufgaben, wie das Zählen der Studierenden in Seminarräumen eingesetzt würden.

Christian Osinga (Kompass) hält den inflationären Einsatz eines uniformierten SD in einer Zivilgesellschaft für einen Skandal, befürchtet aber, dass eine Forderung nach kompletter Abschaffung des SD nicht ernst genommen würde.

Johannes Geuter (ghg*ol) möchte das fordern, was das StuPa will und nicht das, was das Rektorat will.

Ron Hülskötter (ghg*ol) meint, der SD sei mit der Wahrnehmung der Sicherheitsaufgaben schon am Minimum und werde für alles andere nur aus Kostengründen eingesetzt. Er schlägt eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft vor, um diesem Lohndumping entgegenzuwirken.

Christian Osinga (Kompass) möchte ein Problembewusstsein beim Rektorat schaffen.

Der Antrag wird abgestimmt:

14 Ja 3 Nein 0 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Stephanie Hippe (ghg*ol) berichtet, dass sich der Ältestenrat konstituiert hat, dass die Belege für den Erhalt von Gebührenbefreiungen im AStA-Sekretariat bereitliegen und dass nachgeforscht wird, wann die neue Reisekostenordnung im Verkündungsblatt auftaucht.

TOP 5: Bericht des AStA

Lisa Waimann (Vorsitz) berichtet:

- Die Verhandlungen mit der Firma von Busch sind gescheitert, da diese ihr Angebot in letzter Sekunde unter Nennung fadenscheiniger Gründe zurückgezogen hat.
- Senatssitzung, Vollversammlungen und weiterer Protest gegen Studiengebühren wurden in enger Zusammenarbeit mit dem ABS vorbereitet.
- Die nächste Mitgliederversammlung des fzs in Bielefeld wird vorbereitet.
- Es gab einen Termin mit dem Studierendenwerk, bei dem über Umbenennung, Fischeinkauf, Bio-Tonnen in Wohnheimen, einen Coca-Cola-Boykott und eine bessere Kennzeichnung der Lebensmittel gesprochen wurde.
- Die Veranstaltung „Eine Schule für Alle“ war ein Erfolg.
- Der fzs-Winterkongress und der LAT-AK LehrerInnenbildung haben in Bielefeld getagt.
- Die Vorbereitung für die „Aktionstage gegen Sexismus“ laufen. Die Planungsgruppe trifft sich das nächste Mal am 9.2. im SchwuR.
- Am nächsten Wochenende findet eine AStA-Klausurtagung statt.

Mira Schneider (Referat für Studienreform) berichtet:

- Es gibt neue, **erklärungsbedürftigeüberarbeitungswürdige** Regeln für Multiple-Choice-Tests.
- Eine Befragung zur BA/MA-Zufriedenheit wird vorbereitet.

Felix Eikmeyer (HoPo) berichtet:

- Das Audit für die „Familiengerechte Hochschule“ wird fortgesetzt. Themen sind eine Verbesserung der Studienzeiten, Ansprechpersonen in allen Fakultäten und Regelungen zu Teilzeitstudium und Urlaub.
- Für den fzs steht ein Nachtragshaushalt an.

Henrik Pruiskens (Öko-Referat) stellt die erstellten Thermobilder von der Universität vor.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) merkt an, dass auf den Bildern zu sehen sei, dass die Dämmung des neuen Bauteils G genauso ungenügend ist, wie die der alten Gebäudeteile. Sie bittet, das Rektorat dazu zu befragen.

Mira Schneider (Referat für Studienreform) meint, dass Herr Timmermann ungläubig und mit Bestürzung auf die Bilder reagiert hätte. ~~Das Rektorat meint aber, dass mit einer verbesserten Dämmung kein Geld zu sparen sei.~~

Jan Seelhorst (Sozialreferat) berichtet, dass ab Mitte Februar Mensa-Essensmarken für Studierende in Notlagen ausgegeben würden.

Christian Osinga (Kompass) antwortet auf Bedenken, dass der Einsatz von Essensmarken zu einer Stigmatisierung der bedürftigen führen könnten, dass solche Marken auch für z.B. Veranstaltungen eingesetzt würden und dass technisch keine Alternative zur Verfügung stünde.

Ron Hülskötter (ghg*ol) lobt den AStA ausdrücklich für die Qualität und das regelmäßige Erscheinen der Pool-Propaganda.

TOP 6: Bericht aus Senat und Kommissionen

Mira Schneider (Juso-hsg) berichtet aus dem Senat:

- Ein studentischer Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren wurde abgelehnt.
- Es wurden Studiengebühren von 350 €/Semester bis auf weiteres beschlossen.
- Es wurden neue Befreiungstatbestände beschlossen.
 - Ein FH-Diplom verhindert nicht mehr einen Anspruch auf Befreiung.
 - Beide Elternteile können Befreit werden.
 - Jede Fachschaft bekommt 1,5 Befreiungen zugeteilt.
 - Mitglieder der Beitragskommissionen werden Befreit.
 - Die Gebühren werden bei einer Exmatrikulation innerhalb von 6 Wochen nach Semesterbeginn zurückerstattet.

Stefan Bröhl (Rabatz) bittet dies in einer Rundmail an alle Studierende zu verkünden.

Janosch Stratemann (ghg*ol) fragt, warum der Beschluss für die Studiengebühren ohne Gegenstimme gefällt worden sei und warum im WDR die studentische Senatorin Wiebke Esdar mit „Studiengebühren zähneknirschend akzeptiert“ zitiert worden sei.

Mira Schneider (Juso-hsg) antwortet, dass die zitierte Aussage sicherlich nur unglücklich formuliert sei. Die professoralen SenatorInnen hätten damit gedroht, bei Gegenstimmen den Gebührenbetrag auf 500 € zu erhöhen. Die studentischen SenatorInnen hätten sich daher vor der Abstimmung den Raum verlassen, enthalten.

Dieser Bericht löst im StuPa Empörung über die professoralen Senatsmitglieder aus.

Mira Schneider (Juso-hsg) berichtet weiter, dass eine neue Einschreibeordnung beschlossen wurde, die die Unicard legitimiert und durch starke Kürzungen intransparenter geworden sei. Weiter ist eine neue und sehr fragwürdige BA/MA-Prüfungsordnung beschlossen worden. Die Diskussion darüber sei mehr als fragwürdig verlaufen.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) berichtet aus der Gleichstellungskommission, dass das Rektorat ein Gleichstellungskonzept erarbeitet, um den Ansprüchen des neuen DFG-Gleichstellungsstandarts zu genügen.

Mira Schneider (Juso-hsg) berichtet, dass die konstituierende Sitzung des Gremiums für Systemakkreditierung stattgefunden hat.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) berichtet aus der zentralen § 8-Kommission, dass die Uni-Bibliothek bisher ihren gesamten Bedarf aus Studiengebühren gedeckt habe. Dieser Betrag ist jetzt gekürzt worden. Weiter bedauert er, dass in einigen Fakultäten das Interesse der Studierenden an den § 8-Gremien zurückgehen würde.

Henrik Pruisken (ghg*ol) berichtet aus der Kommission für Organisationsentwicklung, dass die Anschaffung der Bildschirme in der Unihalle ca. 101.000 € betragen haben und der AStA die Abschaffung fordert. Das Kunstprojekt laufe dagegen gut.

Stefan Bröhl (Rabatz) stellt die Frage, warum auf der neuen Unicard ein Foto enthalten sein müsste. Er hat große Bedenken, da sehr viele Unimitarbeiter Zugriff auf diese hätten und diese eigentlich unnötig seien.

Henrik Pruisken (ghg*ol) antwortet, die Unileitung begründe dies mit Sicherheitsaspekten, vor allem in der Bibliothek. Das Speichern des Fotos auf dem Unirechner könne mensch ablehnen.

Mira Schneider (Juso-hsg) beklagt sich darüber, dass es über die Sitzungen der Lehrkommission seit Monaten keine Protokolle gebe.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) berichtet aus dem § 11-Gremium, dass dies vor allem versuche Arbeit an andere Stellen abzuschieben. Er hofft auf Besserung.

TOP 7: Entlastung der Finanzreferenten und des AStA-Vorsitzes für das Haushaltsjahr 2007

Zu entlasten sind die Vorsitzenden Inga Müller, Jan Binder, Mira Schneider und Henrik Pruisken, sowie die Finanzreferenten Ron Hülskötter und Jonas Damian.

Johannes Geuter (ghg*ol) sagt, dass der Haushaltsausschuss dem Kassenprüfbericht nur geringe Fehler entnehmen konnte und eine weitere Verbesserung im Vergleich zu den Vorjahren zu erkennen sei. Er empfehle daher die Entlastung.

Christian Osinga (Kompass) meint, dass die Kassenführung wirklich gut gewesen sei.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) bestätigt diesen Eindruck als Kassenprüferin und setzt hinzu, dass auch viele alte Mängel behoben worden seien, so dass auch die KassenprüferInnen eine Entlastung empfehlen.

Der Antrag auf Entlastung der oben genannten Personen wird abgestimmt.

14 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

Damit sind die Personen für das Haushaltsjahr 2007 entlastet.

TOP 8: Nominationen für den Wahlausschuss der Universität (2 Mitglieder, 2 StellvertreterInnen) und den Vorstand des Fachsprachenzentrums

Mitglieder für den Wahlausschuss der Universität

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) schlägt Jessica Schiebel (ghg*ol) vor.
Jan Rick (ghg*ol) schlägt Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) vor.

12 Ja 0 Nein 4 Enthaltung

Damit sind beide gewählt.

Stellvertretende Mitglieder für den Wahlausschuss der Universität

Luise Stein (ghg*ol) schlägt Henrik Pruiken (ghg*ol) vor.
Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) schlägt Jan Seelhorst (Juso-hsg) vor.

14 Ja 0 Nein 4 Enthaltung

Damit sind beide gewählt.

Mitglieder für den Vorstand des Fachsprachenausschuss

Janosch Stratemann (ghg*ol) schlägt Karl Damke vor

14 Ja 1 Nein 3 Enthaltung

Damit ist Karl gewählt.

TOP 9: Änderung der Ordnung zum Erlass des Mobilitätsbeitrags

Ron Hülskötter (ghg*ol) stellt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender und einzig tagendes Mitglied der Satzungskommission die neu entworfene Ordnung (siehe Anhang) vor.

Mira Schneider (Juso-hsg) richtet aus, dass der Vorsitzende des Senats dem StuPa empfiehlt dem Beispiel des Senats zu folgen und in Zukunft beide Elternteile von jeglichen Beiträgen zu befreien.

Alle sind sehr dankbar für diesen Rat und freuen sich, dass der gute Mann sich so um studierende in schwierigen sozialen Situationen sorgt.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) fragt, warum in § 11 nur vom Merkzeichen G gesprochen würde und was z.B. mit HG oder AG sei.

Jessica Schiebel (ghg*ol) meint, dass G in HG und AG enthalten sei und damit dazugerechnet würde.

Stefan Bröhl (Rabatz) findet die Ausführungen in § 8 sehr ungenau.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) antwortet, dass diese Flexibilität wichtig sei, um jeden Einzelfall korrekt beurteilen zu können.

Stefan Bröhl (Rabatz) befürchtet eine Ranglistung und damit Ungerechtigkeit durch die vorgesehene Möglichkeit der teilweisen Befreiung.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) meint, dass noch nicht einzuschätzen sei, ob dies eintritt.

Ron Hülskötter (ghg*ol) findet die Staffelung wichtig, um auch hier flexibel und gerecht arbeiten zu können.

Jan Seelhorst (Juso-hsg) fragt, ob es richtig sei, dass in § 11 für Studierende mit Behinderung andere Fristen als für den Rest vorgesehen seien.

Jessica Schiebel (ghg*ol) bejaht dies mit der Begründung, dass für deren Rückzahlungen MoBiel zuständig sei.

Die Ordnung wird zur Abstimmung gestellt:

19 Ja 0 Nein 0 Enthaltung

Damit ist die Ordnung angenommen.

TOP 10: AStA-Copyshop und AStA-Kopierer

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) berichtet, dass die von Busch GmbH ihr Angebot zurückgezogen hätte, mit der Begründung, dass Papier und Toner teurer geworden seien. Sie wollten kein neues Angebot machen. Der AStA erwäge rechtliche Schritte, deren Erfolgchancen jedoch unklar seien. Sie stellt nun die Frage ans StuPa, ob ein Rechtsstreit geführt werden solle, andere Angebote eingeholt werden sollten oder auf eigene Kosten Kopierer angeschafft werden sollten.

Johannes Geuter (ghg*ol) findet es schwierig, ohne genaue Zahlen eine Entscheidung zu treffen.

Stefan Bröhl (Rabatz) rät auf Grund der Erfahrungen anderer ASten von eigenen Kopierern ab, betont aber die Notwendigkeit eines Copyshops.

Ron bittet darum weitere Angebote einzuholen, von einem Rechtsstreit hält er nichts.

Christian Osinga (Kompass) fragt, ob ein Copyshop überhaupt notwendig sei.

Stefan Bröhl (Rabatz) betont die soziale Wichtigkeit der Möglichkeit billig zu kopieren.

Christian Osinga (Kompass) meint, dass Thisbrummel schon recht günstige Kopien anböte. Er lehnt es ab, unter Verlagerung des wirtschaftlichen Risikos auf die Studierendenschaft in den Markt einzugreifen. Er weist auf den AStA in Paderborn hin, der sämtliche Kopien an der dortigen Uni verkauft, welche aber viel teurer seien, als in Bielefeld.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) hält einen Vertrag mit minimiertem Risiko für die Studierendenschaft für wünschenswert.

Jan Rick (ghg*ol) stellt die Frage, wie dies in den Fakultäten geregelt wird.

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) weist darauf hin, dass der AStA schnell einen neuen Kopierer braucht und möchte, dass der AStA beauftragt wird, verschiedene Angebote zu prüfen und dann das günstigste anzunehmen.

Stefan Bröhl (Rabatz) sieht Thiesbrummel als Monopolisten und hält es für wichtig, Konkurrenz zu schaffen. Er stimmt dem Anliegen des AStA zu.

Christian Osinga (Kompass) entgegnet, dass Thiesbrummel auf Grund der fünfjährigen Ausschreibungen der Uni kein Monopolist und die Preise niedrig seien. Er schlägt dem AStA vor, für den AStA-Kopierer auch von Thiesbrummel ein Angebot einzuholen.

Stefan Bröhl (Rabatz) hegt große Zweifel an der Fairness der Ausschreibungsverfahren an der Uni.

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) stellt folgenden Antrag:

„Der AStA wird beauftragt, Angebote für einen geleasteten bzw. gemieteten bzw. gekauften Kopierer für den AStA-Pool einzuholen und das beste Angebot anzunehmen.“

Sie bittet um Vertrauen in den AStA und meint, dass es sonst spätestens für die fzs-MV sehr teuer würde.

Jan Rick (ghg*ol) fragt, ob das StuPa zu so einem Beschluss berechtigt sei.

Christian Osinga (Kompass) meint, dass dies in Ordnung sei.

Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol) bittet darum jetzt eine Entscheidung zu fällen, da sie eine Dringlichkeitssitzung vermeiden möchte.

Dirk Bruland (PARTREI) weist darauf hin, dass die jetzige Kopiersituation unzumutbar sei.

Stefan Bröhl (Rabatz) nimmt 15 Minuten Fraktionspause, um genauere Zahlen in Erfahrung zu bringen.

Christian Osinga (Kompass) hat herausgefunden, dass ein Gerät mit allen gewünschten Funktionen ca. 5.000 bis 6.500 € plus ca. 20 €/Monat für Verschleißteile kosten würde.

Johannes Geuter (ghg*ol) fragt, ob wirklich alle Funktionen nötig seien.

Lisa Waimann (AStA-Vorsitz) bejaht dies. Sie übernimmt die Zahlen von Christian und formuliert den Antrag nun wie folgt:

„Der AStA wird beauftragt, Angebote für einen geleasteten bzw. gemieteten bzw. gekauften Kopierer für den AStA-Pool einzuholen und das beste Angebot anzunehmen. Die Kaufsumme sollte 6.500 € plus laufende Kosten nicht überschreiten. Selbiges gilt für Leasing.“

Der Antrag wird abgestimmt:

16 Ja 2 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Ron Hülskötter (ghg*ol) stellt folgenden Antrag:

„Der AStA wird beauftragt Angebote für den Copyshop einzuholen und diese dem StuPa auf der nächsten Sitzung vorzulegen.“

Der Antrag wird abgestimmt:

16 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 11: Anträge

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

TOP 12: Sonstiges

Es liegt weiter nichts Sonstiges vor.

Der Vorsitz schließt die Sitzung um 22.10 h.

Ordnung zum Erlass des Mobilitätsbeitrages

I. ALLGEMEINER TEIL

§ 1 Zweck

Diese Ordnung regelt Leistungen der Studierendenschaft zur Milderung sozialer Härten, durch Erstattung des Semesterticketbeitrages für ihre Mitglieder.

II. SEMESTERTICKET-HÄRTEFALLREGELUNGEN

§ 2 Rechtsanspruch

Mitglieder der Studierendenschaft, für die die Entrichtung des Beitrages für das Semesterticket nach § 3 Abs. 1 a und i Beitragsordnung der Studierendenschaft (BO) eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung darstellt, können nach Maßgabe dieser Ordnung eine Erstattung des nach § 3 Abs. 1 a und i BO bereits geleisteten Beitrages für das Semesterticket erhalten. Ein Rechtsanspruch auf Erstattung nach den Regelungen dieser Ordnung besteht nicht.

§ 3 Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind die Mitglieder der Studierendenschaft, die den Beitrag für das Semesterticket gemäß § 3 Abs. 1 a und i BO für das Antragssemester entrichtet haben. Für Studierende mit Behinderung gelten die gesonderten Regelungen nach § 11.

§ 4 Antrag

Der Antrag auf Rückerstattung des Semesterticketbeitrages muss enthalten

- a) das vollständig ausgefüllte und unterschriebene Formblatt,
- b) alle erforderlichen Nachweise,
- c) eine Semesterbescheinigung des Antragssemesters.

§ 5 Antragsfrist

Der Antrag gemäß § 4 muss vollständig bis zum 15. Mai des laufenden Sommersemesters bzw. bis zum 15. November des laufenden Wintersemesters (Ausschlussfrist) beim AStA eingereicht werden. In begründeten Ausnahmefällen kann von der Frist abgewichen werden.

§ 6 Antragsbearbeitung

(1) Über eine Befreiung entscheidet die Sozialreferentin oder der Sozialreferent des AStA aufgrund der vorzulegenden Nachweise. Eine positive Bescheidung bedarf zudem der Zustimmung der oder des AStA Vorsitzenden und ist danach unverzüglich der Finanzreferentin oder dem Finanzreferenten des AStA anzuzeigen.

(2) Eine positive sowie negative Bescheidung muss der Antragsstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich in schriftlicher Form mitgeteilt werden.

(3) Alle am Bearbeitungs- und Entscheidungsverfahren beteiligten Personen unterliegen zeitlich unbegrenzt der Verschwiegenheitspflicht bezüglich der persönlichen Daten der Antragstellenden.

§ 7 Härtefallfonds

Das Studierendenparlament weist im Haushalt der Studierendenschaft Mittel aus, welche für die Rückerstattung des Semesterticketbeitrages verwendet werden.

§ 8 Einkommensgrenze

(1) Eine Rückerstattung ist möglich, wenn finanzielle Bedürftigkeit nachgewiesen werden kann. Als finanziell bedürftig gilt in der Regel, wer ein monatliches Einkommen inklusiver geldwerter Leistungen von maximal 450 Euro bezieht.

(2) Von § 8 Abs. 1 kann abgesehen werden, wenn folgende Gründe dies als gerechtfertigt erscheinen lassen:

- a) Kinder der Antragstellerin / des Antragstellers
- b) Vermögen
- c) weitere Verbindlichkeiten

§ 9 Umfang und Höhe der Befreiung

(1) Die Befreiung wird für das jeweilige Semester gewährt. Über die Höhe des zu erstattenden Betrages entscheidet die Sozialreferentin oder der Sozialreferent nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Der AStA erstattet den Betrag innerhalb von vier Wochen nach der positiven Entscheidung zurück. Der Betrag kann durch Banküberweisung oder Barzahlung erstattet werden.

§ 10 Widerspruch

Als Beschwerde- und Kontrollinstanz für die Entscheidungen der Sozialreferentin oder des Sozialreferenten nach dieser Ordnung fungiert der AStA. Beschwerden müssen innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim AStA gestellt werden. Eine Entscheidung wird innerhalb weiterer zwei Wochen gefällt.

§ 11 Studierende mit Behinderung

(1) Zunächst müssen Mitglieder der Studierendenschaft, welche die Voraussetzungen der §§ 145, 146 (SGB IX) erfüllen, den Semesterticketbeitrag gem. § 3 Abs. 1 a (BO) in voller Höhe übernehmen. Auf Antrag kann eine Erstattung erfolgen.

(2) Dem Antrag sind der Schwerbehindertenausweis mit halbseitigem orangefarbenem Flächenaufdruck und dem Merkzeichen G in Kopie sowie eine Semesterbescheinigung für das jeweilige Antragssemester beizufügen.

(3) Der Antrag ist bis zum Ende des Antragssemesters vollständig beim Allgemeinen Studierendenausschuss der Uni Bielefeld (AStA) einzureichen.

(4) Eine Erstattung für den Beitrag gemäß § 3 Abs. 1 i (BO) erfolgt auf Antrag, auf den die Vorschriften der §§ 1 – 10 dieser Ordnung Anwendung finden.

III SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 12 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Universität Bielefeld in Kraft.